

Hinsicht die unentgeltlichen Transferleistungen Westdeutschlands als sekundär einzustufen sind. Mit dem Mittel der Auslandshilfe, nämlich der Drohung, Marshallplangelder zurückzuhalten, brachen die USA 1950 den britischen Widerstand gegen die Errichtung der Europäischen Zahlungsunion (EZU). Die EZU war eine Clearingunion der OEEC-Länder mit einem multilateralen Kreditmechanismus. Die EZU-Währungen wurden untereinander praktisch konvertierbar. Mit der EZU einher ging die immer weiter reichende Liberalisierung des Handels unter Einbeziehung Westdeutschlands mit dem Abbau von Kontingenten, Zöllen und Diskriminierungen. Eine anfängliche Diskriminierung durch die europäischen Staaten gegenüber dem Dollarraum nahmen die USA bewußt in Kauf.

Nach der sogenannten Liberalisierungskrise erreichte die Bundesrepublik ab 1951 Jahr für Jahr erhebliche Überschüsse im Handel mit den EZU-Partnern. Da die Dauerschuldner in der EZU ihre dortigen Defizite jedoch zunehmend durch Dollareinnahmen von außerhalb des EZU-Raumes decken konnten (u. a. durch Dienstleistungen), gerieten die deutschen Überschüsse langfristig nicht zum Problem. Auf der anderen Seite war der sprunghaft steigende deutsche Export in die europäischen Nachbarländer die Voraussetzung dafür, daß diese Länder ihren Import aus dem Dollarraum reduzieren und so die Dollarlücke endgültig schließen konnten. Die Tatsache der Deckung der Dollarlücke Europas allein weist schon auf die zunehmende Multilateralität des gesamten Welthandels, auch zwischen Dollar-, Sterling- und EZU-Raum, hin. Die Bundesrepublik war einer, wenn nicht *der* Angelpunkt der Entwicklung. Defizite in der deutschen Handelsbilanz mit dem Dollarraum wurden außer durch die Dollarübertragungen aus dem EZU-Raum vor allem durch die Dollarausgaben amerikanischer militärischer Dienststellen in der Bundesrepublik gedeckt. 1958 wurde die EZU aufgelöst, und die in ihr zusammengefaßten Währungen waren stark genug, um voll konvertierbar zu werden.

Buchheim stützt sich auf umfassendes Quellenmaterial, u. a. aus acht Archiven. Elf Tabellen in Text und Anhang ergänzen die Darstellung. Wo laut Buchheim bei Bewertungsfragen »ein gewisser Schematismus und teilweise problematische Hypothesen« unumgänglich sind, setzt er die seinen Berechnungen zugrunde liegenden Annahmen auseinander und ist offen für Kritik. Auf jeden Fall hat Buchheim einen Grundstein zur weiteren Erforschung der deutschen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen nach 1945 gelegt.

*Christoph Stamm, Bonn*

Wolfgang Krumbein, Wirtschaftssteuerung in Westdeutschland 1945 bis 1949. Organisationsformen und Steuerungsmethoden am Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie in der britischen/Bi-Zone (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 58), Steiner Verlag, Stuttgart 1989, X+302 S., kart., 64 DM.

Mit den in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten von Krumbein, Werner Bühner und Gloria Müller sowie der Edition von Gabriele Müller-List dürfte die Eisen- und Stahlindustrie für die Besatzungszeit in den Westzonen und die Anfangsjahre der Bundesrepublik neben dem Bergbau der historisch am besten untersuchte Industriezweig sein. In seiner Göttinger Habilitationsschrift will Krumbein empirisch die sektorale Industriegeschichte für die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg fortschreiben und den Stellenwert der Eisen- und Stahlindustrie für das »deutsche Wirtschaftswunder« ab 1948 zeigen. Methodisch sucht Krumbein eine enge Verbindung von Politikwissenschaft und Wirtschaftsgeschichte, indem er unter politikwissenschaftlichen Fragestellungen einen Zeitabschnitt der Wirtschaftsgeschichte mit Hilfe umfangreicher Primärquellen aufarbeitet und darstellt. Heuristisch will er die Fragen klären, ob eine staatliche, eine private oder eine Misch-

form der Organisationsform von Wirtschaftssteuerung mehr Effektivität und Effizienz verspricht, welchen Problemen und Möglichkeiten sich eine stoffliche Steuerung einer Schwerindustrie gegenübergestellt sieht und ob sich ein Zusammenhang zwischen der Organisationsform und den angewandten Steuerungsmethoden nachweisen läßt. Wirtschaftspolitisch möchte die Arbeit Hinweise darauf geben, wie die wirtschaftliche Steuerung einer wichtigen Industriebranche erfolgreicher als bisher durchgeführt werden kann.

Nach einem Rückblick auf Formen und Inhalte der Wirtschaftssteuerung in der Eisen- und Stahlindustrie im Zeitraum 1874 bis 1945 geht Krumbein im einzelnen auf die Organisationsformen unter der Besatzungsherrschaft ein. Anfangs konnten die alten Industrieverbände mehr oder weniger ihre Machtstellung behaupten. Das »Verwaltungsamt für Stahl und Eisen« (VSE) war tatsächlich ein Selbstverwaltungsorgan. 1946 wurde das VSE auf Weisung der britischen Militärregierung jedoch in eine Behörde umgegründet. Nach einer Reorganisation der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie im Februar 1948 konnte diese jedoch wieder zum anerkannten Interessenvertretungsverband aller Eisen und Stahl herstellenden Werke werden und dem Selbstverwaltungsgedanken wieder mehr Nachdruck verleihen. Im Rahmen der Wirtschaftsverwaltung der Bizone wurde dann das VSE Anfang 1949 in die neu errichtete Fachstelle Stahl und Eisen überführt, die nach Krumbein eine Kombination von Behörde und Selbstverwaltung war.

Die desolatte wirtschaftliche Lage in der Nachkriegszeit machte wirtschaftssteuernde Eingriffe nach übereinstimmender Ansicht fast aller maßgeblichen Akteure unumgänglich. Aus Krumbeins Darstellung der Ausgangs- und Rahmenbedingungen der Wirtschaftssteuerung in der Eisen- und Stahlindustrie ist vielleicht für die allgemeine historische Entwicklung besonders hervorzuheben, daß die Kriegszerstörungen nicht so katastrophal waren, wie allgemein angenommen wird, ein Befund, der ähnlich für die gesamte deutsche Wirtschaft schon anderswo getroffen worden ist. Im August 1945 standen noch ca. 50 % der Hochofen-, Stahl- und Walzwerkkapazität zur Verfügung, die in sechs Monaten auf 70 % hätte gesteigert werden können. Die restlichen 30 % bedurften erheblicher Reparaturen, wobei sich die Kriegszerstörungen im engeren Sinne nur auf 6–8 % belaufen haben dürften. Das schnelle Wiederaanlaufen der Werke wurde vor allem durch organisatorische Eingriffe der Alliierten behindert, wobei auch politische Fragen und solche der Industriekonkurrenz eine Rolle spielten.

Nach Darlegung der Zusammenhänge von Industriep länen, Demontagen und Branchensteuerung geht Krumbein im einzelnen auf die Planung und Lenkung der Eisen- und Stahlindustrie ein. Er unterscheidet dabei drei verschiedene zeitliche Abschnitte: Die Nachkriegskrise 1945–1947, die Konsolidierungsphase vom Frühjahr 1947 bis zur Währungsreform in Juni 1948 und die Frühphase des Booms von der Währungsreform bis Ende 1949. In der Anfangsphase blieb angesichts des katastrophalen Brennstoffmangels die Produktion stets erheblich unter der von der Besatzungsmacht festgelegten Höchstgrenze zurück. Andere Engpässe wurden durch die Verkehrssituation und den Arbeitskräftemangel verursacht. Neben der Produktionslenkung, auch durch Kohlezuteilung, bildete die Verteilungslenkung durch Kontingentierung, Auftragslenkung und Verkauf die zweite Gruppe von Instrumentarien zur Wirtschaftssteuerung.

Im Juni 1948 waren die alten Probleme der Eisen- und Stahlindustrie aufgrund der schrittweise verbesserten Planungs- und Lenkungsmaßnahmen und der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung weitgehend gelöst: Die Brennstoffzufuhr hatte sich stabilisiert, der Verkehr lief flüssig und ein weiterer rascher Produktionsanstieg zeichnete sich ab. Mit der Teilnahme der Westzonen am Marshall-Plan hatte sich auch das politische Umfeld gewandelt, und bei der Planung verschob sich das Schwergewicht von der Produktions- zur Investitionsplanung. Nicht mehr die »Verteilung des Mangels«, sondern die Stützung des raschen Produktionsanstiegs war jetzt ihre Hauptaufgabe. Die Bewirtschaftung wurde auch in der Eisen- und Stahlindustrie erst aufgelockert und schließlich ganz abgeschafft.

Insgesamt billigt Krumbein der Eisen- und Stahlregulierung 1945–1949 das Attribut erfolgreich zu. Erfolgreich war sie einmal in bezug auf ihre Effektivität, d. h. ihre Fähigkeit, die gewünschten mikroökonomischen Regulierungsziele wie z. B. eine ausreichende Höhe und Konstanz der Rohstofflieferungen zu erreichen; zweitens in bezug auf die makroökonomische Effizienz, d. h. die Eisen- und Stahlregulierung konnte einen wesentlichen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wiederbelebung nach 1945 leisten. Aufgrund seiner empirischen Befunde stellt Krumbein in theoretischen Schlußbemerkungen fünf Bedingungen der Wirtschaftssteuerung 1945–1949 heraus, die den Erfolg möglich gemacht haben: 1. Information, 2. Ressourcen, 3. adäquate Instrumentenwahl, 4. Interessenvermittlung und 5. funktionsgerechter Zusammenhang von Steuerungsorganisation und Steuerungsaufgaben. Eine Scheidung in private und staatliche Steuerungsorganisationen ist nach Krumbein angesichts der vielfältig angetroffenen Mischformen nicht möglich und auch nicht sinnvoll.

Zu einer befriedigenden Theorie wirtschaftlicher Steuerung hält Krumbein sowohl weitere empirische wie theoretische Arbeiten für nötig. Ungeachtet dieses weitergespannten Ziels ist seine Arbeit für »nur« wirtschaftshistorisch Interessierte gewinnbringend genug.

*Christoph Stamm, Bonn*

Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, Oldenbourg Verlag, München 1990, 1106 S., Ln., 188 DM.

Die DDR ist aufgelöst, die Historiker bemächtigen sich dieses Themas und verbannen den realsozialistischen deutschen Staat dorthin, wo ihn viele schon längst sehen wollten, in die Geschichte. So könnte sich auch das Erscheinen des SBZ-Handbuches erklären, wenn nicht zufällig die Arbeiten zu diesem Werk über die Vorgeschichte der DDR im Spätherbst 1989 abgeschlossen worden wären. Und das ist der große *Vorteil* dieses Buches.

Das SBZ-Handbuch schießt also nicht nach der neugewonnenen Aktualität des Themas, das es kurzfristig zu behandeln gilt. Vielmehr schlägt sich die rund fünfjährige Arbeit für die Realisierung dieses Projekts in großer Sorgfalt und kritischer Distanz bei der Darstellung der SBZ-Geschichte nieder. Dies mag seine Ursache wohl auch darin haben, daß sich die Herausgeber Hermann Weber und der inzwischen verstorbene Martin Broszat sowie die 19 Autoren bei dieser Arbeit in die Verantwortung als »Stellvertreter« einer DDR-Geschichtswissenschaft stellen, die durch politisch-ideologische Legitimationszwänge in der DDR an einer objektiven Behandlung dieses Themas gehindert war.

Als eine Institutionengeschichte angelegt, beschreibt das Buch zunächst die staatliche Ebene. Dazu gehören die Landesregierungen, die Länder- und Kommunalverwaltung, die Zentralverwaltungen als Vorläufer der Deutschen Wirtschaftskommission und damit der späteren DDR-Regierung sowie parlamentarische Gremien, Verfassungsgebung und Wahlen in der SBZ. Auf der nichtstaatlichen Seite stellt das SBZ-Handbuch die Parteien, die gesellschaftlichen Organisationen und die Kirchen vor. Aber das allein würde nicht den Reiz und den Wert dieses Bandes ausmachen. Die Autoren schildern die Entstehung und den Wandel der entsprechenden Institutionen und binden dies in den historischen Kontext ein. Auf diese Weise geht das Buch über bloße Institutionengeschichte hinaus zur Aufarbeitung der aktiven Politik, die vor dem geschichtlichen Hintergrund verstehbar gemacht wird. Die Entwicklung deutscher Institutionen in der SBZ bliebe unverständlich ohne eine eingehende Betrachtung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die das SBZ-Handbuch deshalb gleich zu Beginn liefert. Wo es den Autoren angebracht erschien, haben sie sich außerdem einen Rückgriff auf die institutionelle Vorgeschichte vor